

GROSSER RAT

GR.26.67

VORSTOSS

Interpellation betreffend Abhängigkeit der Spitäler und anerkannten Einrichtungen im Kanton Aargau von Fachkräften aus der EU vom 10. März 2026 von Yannick Berner, FDP, Aarau

Text und Begründung:

Unsere alternde Gesellschaft, der steigende Pflegebedarf sowie die zunehmende Spezialisierung im Gesundheitswesen führen seit Jahren zu einem hohen Fachkräftemangel in der Schweiz. Der Kanton Aargau ist Eigentümer von Spitälern, beheimatet Pflegeheime sowie anerkannte Einrichtungen für Menschen mit besonderen Betreuungsbedürfnissen, die auf qualifiziertes Personal angewiesen sind.

Diese Einrichtungen sind stark auf die Rekrutierung von Fachkräften aus dem Ausland, insbesondere aus EU-Staaten, angewiesen. Die Personenfreizügigkeit im Rahmen der bilateralen Verträge ermöglicht diese Rekrutierung effizient und rechtssicher. Eine fundierte Bestandsaufnahme im Kanton Aargau kann wichtige Erkenntnisse für die zukünftige Personalplanung und die politische Diskussion zur Fortsetzung des bilateralen Wegs liefern.

Der Regierungsrat wird deshalb um die Beantwortung der folgenden Fragen gebeten:

1. Wie viele Mitarbeitende aus EU-Staaten (fest oder temporär angestellt) sind aktuell in den folgenden Institutionen tätig:
 - a) Kantonsspital Aarau
 - b) Kantonsspital Baden
 - c) PDAG
 - d) Anerkannte Einrichtungen für Menschen mit besonderen Betreuungsbedürfnissen
2. Gibt es entsprechende Zahlen zu den Aargauer Pflegeheimen?
3. Wie hat sich die Anzahl Mitarbeitender aus EU-Staaten in diesen Institutionen in den letzten zehn Jahren entwickelt?
4. Wurde oder wird in EU-Staaten aktiv Personal rekrutiert (beispielsweise über Inserate/Jobbörsen oder weitere Massnahmen)? Wenn ja, mit welchen Massnahmen?
5. Wie schätzt der Regierungsrat die Abhängigkeit der erwähnten kantonalen Institutionen von Arbeitskräften aus EU-Staaten ein?
6. Welche Risiken bestehen aus Sicht des Regierungsrats bei einer möglichen Einschränkung der Personenfreizügigkeit oder bei administrativen Hürden in der Rekrutierung von Arbeitskräften aus EU-Staaten im genannten Bereich, und für den Kanton Aargau insgesamt?